

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

12.3.1908 (No. 82)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. März.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einzeldruckgebühr: die gepaltene Beitzelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unterlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

No. 82.

1908.

## Amtlicher Teil.

**Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben** unterm 21. Februar d. J. gnädigst geruht, den Vorstand der Wasser- und Straßenbauinspektion Wertheim, Oberbauinspektor Max Keller, in gleicher Eigenschaft nach Ermendungen zu versehen und

den Regierungsbaumeister Karl Wielandt in Forzheim unter Verleihung des Titels Wasser- und Straßenbauinspektor zum Inspektionsvorstand zu ernennen, jedoch bis auf weiteres bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Karlsruhe, Sektion Forzheim, mit dem Wohnsitz daselbst zu belassen.

Durch Entschließung des Großh. Ministeriums des Innern vom 28. Februar d. J. ist Regierungsbaumeister Wilhelm Kern in Mannheim zur Großh. Wasser- und Straßenbauinspektion Wertheim und Regierungsbaumeister Philipp Gaberdiel in Wertheim zur Großh. Rheinbauinspektion Mannheim versetzt worden.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 7. März d. J. wurde Revident F. G. Haffelder bei Großh. Bezirksamt Eppingen zu Großh. Bezirksamt Durlach versetzt.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 7. März d. J. wurde Revident August Strickfaden bei Großh. Bezirksamt Durlach zum Großh. Bezirksamt Eppingen versetzt.

Das Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat unterm 9. März d. J. den Registrator Peter Basmer beim Amtsgericht Waldshut zum Amtsgericht Karlsruhe versetzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Das Frauenstimmrecht in England.

Obgleich das englische Parlament mit Arbeiten überhäuft ist, obgleich von morgens zehn bis zu Beginn der Parlamentsitzungen eine Anzahl von Ausschüssen reichlich beschäftigt ist, so daß für eine größere Zahl Abgeordneter der parlamentarische „Normalarbeitstag“ sich von morgens zehn bis nachts elf Uhr ausdehnt, wozu dann noch Vorträgen einzelner Gruppen kommen, sowie die Vorbereitung für die Debatten und das Studium der Vorlagen, das Durchlesen und Vertreten zahlreicher Petitionen u. a., hat das Unterhaus doch noch Zeit gefunden, eine „Privatbill“, oder wie es in deutschen Parlamenten heißt, einen Initiativantrag zu beraten und ihr eine ganze Sitzung gewidmet. Es ist der Gesetzentwurf über die Gewährung des Stimmrechts für Frauen. Die Aussichten für eine Privatbill, überhaupt zur Verhandlung zu kommen, sodann aber die verschiedenen Stadien glücklich zu durchlaufen, um schließlich Gesetz zu werden, ins „Statute-Book“ zu kommen, sind äußerst gering. Zunächst hängt die Reihenfolge von der Gunst des Lokes ab. Sodann aber, wenn am Schlusse der Debatte die Bill durch den Bureaudirektor, der in grauer Barristerperiode unterhalb des Sprechers sitzt, aufgerufen wird zur ersten Lesung, hat jedes Mitglied das Recht Widerspruch gegen die erste Lesung, gegen jede weitere Verhandlung zu erheben. „I object“ (ich widerspreche) lautet die Formel. Ist aber der Gegenstand wirklich von allgemeinem Interesse und der Widerspruch wird nicht erhoben, dann hängt es lediglich von dem Leiter des Hauses, also dem Ministerpräsidenten ab, ob der Gegenstand noch zur zweiten und gar erst zur dritten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Für Mitglieder der Opposition ist das ein für allemal ausgeschlossen. Das Frauenstimmrechtsgesetz wurde aber von einem Liberalen eingebracht und da auch die Konservativen eingesehen haben, daß die Unterstützung der Frauen im Wahlkampf sich häufig wertvoll erweist, wurde gegen deren Einbringung kein Widerspruch erhoben, sie gelangte auch zur zweiten Lesung u. wurde in dieser, wie der Telegraph bereits meldete, mit 271 gegen 92 Stimmen angenommen. Aber trotz dieser scheinbar zünftigen Lage, trotz dieses Sieges werden die Frauen wohl noch sehr, sehr lange warten können, ehe ihnen die Wahl zum und gar die Porten ins Parlament geöffnet werden. Aller weitere Fortgang ist, wie gesagt, abhängig von der Gunst der Regierung, welche die Frist zu gewähren hat, wann die Bill zur dritten Lesung auf die Tagesordnung

gesetzt werden soll. In der jetzigen Abstimmung stimmten vier Minister dafür, vier dagegen. Da also innerhalb des Kabinetts die Meinungen geteilt sind, da zudem die Annahme der Bill die sofortige Auflösung des Unterhauses und Ausschreibung von Neuwahlen zur Folge haben müßte, ist gar nicht daran zu denken, daß im Laufe der gegenwärtigen Tagung sich noch Zeit finden könnte für die dritte Beratung der Bill. Für die gegenwärtige Tagung ist der Antrag tot und begraben.

Es mag bei dieser Gelegenheit daran erinnert werden, daß die Frage bereits seit 37 Jahren das Unterhaus beschäftigt. Im Jahre 1870 lag der Antrag auf Gewährung des Wahlrechts zum erstenmal vor und wurde von Charles Dilke befragt. Damals bereits verlangte die Bill durch zwei Lesungen und mit einer Mehrheit von 33 Stimmen zur Annahme. Darauf lag der Antrag alljährlich vor, meistens ohne überhaupt zur Beratung zu kommen; im Jahre 1892 wurde der Vorschlag von der Mehrheit bereits in erster Lesung verworfen; 1897 wieder in zweiter Beratung angenommen, ebenso 1904 — doch zur dritten Lesung ist es noch nie gekommen und wird es auch sobald nicht kommen. Denn in Wirklichkeit haben die Meisten derer, die für das Frauenwahlrecht in England stimmten, nur ein, wie die Freunde und Freundinnen des neuen Vorschlags sagen „akademisches Interesse“ an der Frage. Mit dem Herzen sind sie nicht dabei, sehr viele noch weniger mit dem Kopfe. Der Vorschlag wurde dem „Komitee des ganzen Hauses“ überwiesen. Auch das zeigt, daß es der Mehrheit nicht ernst mit der Sache ist, es bedeutet, daß nicht ein Sonderauschuß die Frage eingehend prüfen und Bericht erstatten soll, sondern daß die Frage gleich summarisch in dritter Lesung zu behandeln sei. Immerhin ist die Sache nicht „totgeschwätzt“ worden, wie die technische Bezeichnung lautet, die Damen haben vielmehr wiederum den formalen Beweis für das akademische Wohlwollen des Unterhauses. Denn wie Mr. Rees zum Schluß unter großem Beifall darlegte: „Frauen — das ist was sehr Gutes, und Stimmrecht — das ist auch was Schönes. Doch daraus folgt keineswegs, daß Frauenstimmrecht gut und schön ist.“

### Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichtes.)

\* Berlin, 10. März.

Zur Begründung der Interpellation der Freisinnigen führte Abg. Schröder (fr. Bgg.) aus: Die Regierung und mehrere Parteien hätten durch die Zollpolitik und die Handelsverträge eine Notlage herbeigeführt, in der sich auch die Beamten befinden. Daß die Beamten eine Aufbesserung brauchen, geht daraus hervor, daß sie nicht in der Lage seien, durch Mehrarbeit oder sonstige ihr Einkommen zu verbessern. Die Regierungen müssen die in feierlicher Weise gegebene Aufgabe, die Verhältnisse der Beamten zu verbessern, erfüllen. Der Vorkredner habe auf den Weg der Erhöhung der Matrifularbeiträge hingewiesen. Es sei Sache der Regierungen, Vorschläge zu machen, wie am besten Deckung geschafft werden könne.

Zur Begründung der Interpellation Hompefch erklärt Abg. Spahn (Zentr.): Auch meine Partei meine, daß die Regelung der Frage eine der ersten Aufgaben der Gesetzgebung sein müsse. Nach dem bisherigen Stande der Verhandlungen lasse sich das Resultat schon einigermaßen übersehen. Mit der Teuerungszulage an sich sei es nicht getan; sie sei nur ein Notbehelf. Es sei anerkannt, daß durchweg eine Steigerung der Lebensbedürfnisse bis über 20 Prozent eingetreten sei. Die Erhaltung einer gesunden Beamtenchaft sei für das Reich von größter Wichtigkeit. Das Reich müsse für seine Beamten die nötigen Mittel beschaffen. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Sydow ergriff hierauf das Wort: Die Regierungen hätten die Absicht, dem Reichstage für 1908 eine Aufbesserung der Gehälter der unteren und der mittleren Beamten und eines Teiles der höheren Beamten in Verbindung mit einer anderweitigen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses vorzuschlagen. Gleichzeitig sollten Vorschläge zur Verbesserung der Reichsfinanzen beim Reichstage eingebracht werden, wodurch die Kosten der Aufbesserung gedeckt und der Betrag der Matrifularbeiträge auf ein für die Finanzen der Bundesstaaten erträgliches Maß gebracht werden sollten. Die Vorarbeiten für die Besoldungsvorlagen seien soweit gefördert, daß sie demnächst dem Bundesrate vorgelegt werden könnten. Die Beratung der in Vorbereitung befindlichen Steuergesetze, nämlich des Entwurfes über den Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein und des Entwurfes eines Tabakverbrauchssteuergesetzes, würden deren Vorlegung an den Reichstag in Bälde gestatten. Inzwischen habe sich die Lage in Ansehung der Steuergesetze dadurch wesentlich verändert, daß auf Wunsch des Reichstages aus dem künftigen Reinertragnis der Betrag von zunächst 35 Millionen Mark für eine Ermäßigung der Zucker Verbrauchssteuer vorweg genommen werden soll. (Lachen im Zentrum.) Dazu komme, daß voraussichtlich die für die Aufbesserung der Beamten erforderlichen Beträge nicht unbeträchtlich höher ausfallen werden, als ursprünglich angenommen worden sei. Hieraus ergebe sich, daß auch die Erträge der beiden Steuergesetze nicht genügen würden, um den damit beabsichtigten

Zweck zu erreichen. Obwohl die im Etat für 1908 in Erscheinung tretende Lage der Reichsfinanzen, die sich seit deren Einbringung noch verschlechterte, an und für sich betrachtet, eine sofortige Vermehrung der Einnahmen des Reiches gebieterisch erheische, müssen die Regierungen unter den obwaltenden Umständen es zu ihrem Bedauern doch für angezeigt halten, auch von der Einbringung der Entwürfe gegenwärtig Abstand zu nehmen. Sie sind entschlossen, die Ausarbeitung der umfassenden Finanzvorlage mit solcher Beschleunigung in die Hand zu nehmen, daß der Reichstag noch in diesem Herbst in ihre Beratung eintreten könne. So ernstlich die Verbündeten Regierungen auch bemüht seien, den berechtigten Wünschen der Beamten nach Aufbesserung ihrer Bezüge baldigt zu entsprechen, so seien sie doch nicht in der Lage, die damit verbundenen schweren finanziellen Opfer für das Reich zu übernehmen, solange sie nicht die Sicherheit besitzen, daß durch die Erschließung weiterer Einnahmequellen die Verteilung der Lasten zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten in einer für beide Teile befriedigenden Weise geordnet werden wird. Wenn hiernach die Einbringung der Besoldungsvorlagen und damit sowohl die Gehaltsaufbesserung, wie die Neuordnung des Wohnungsgeldzuschusses, zusammen mit der Finanzreform bis zum Herbst dieses Jahres verlagert werden müssen, so sei es doch die ernsteste Sorge der Regierungen, eine Schädigung der Beamten durch diese Verschiebung soweit als irgend möglich zu vermeiden. Sie erklärten sich daher bereit, dem Gesetze wegen der Neuordnung der Gehälter eine rückwirkende Kraft vom 1. April 1908 ab beizulegen, wenn eine den Bedürfnissen des Reiches und der Bundesstaaten genügende Finanzreform zustande komme. (Große Unruhe.) Dem Wohnungsgeldzuschusse wohne die rückwirkende Kraft zu dem genannten Zeitpunkte nach den geltenden Bestimmungen ohnehin bei. Damit aber die Beamten durch die Vertagung der Vorlagen auch nicht vorübergehend schlechter gestellt werden, als im Jahre 1907, werden die Regierungen wieder beim Reichstage alsbald die Mittel nachsuchen, um 1908 in gleicher Weise, wie es durch das Etatgesetz für 1907 geschehen sei, den mittleren und unteren Beamten Zulagen zu gewähren, soweit sie nicht seit April 1907 entsprechende Gehaltsaufbesserungen erfahren haben. Wenn die Regierungen im Interesse der Beamten zu solchem Vorgehen entschlossen seien, so sei es in der festen Erwartung und unter der Voraussetzung geschehen, daß die mit der Neuordnung der Finanzen verbundene Steigerung der eigenen Einnahmen des Reiches ausreichen werde, um die Bundesstaaten vor der schließlichen Abwälzung der Mehrkosten (insbesondere derjenigen für das Rechnungsjahr 1908) zu bewahren. Der Staatssekretär gab dann zu dieser Erklärung einige Bemerkungen ab und hob hervor, daß die Erklärung sich auf drei hauptsächlich Punkte erstreckte. Erstens, die Vertagung der Reichsfinanzreform bis zum Herbst, zweitens, mit ihr die Vertagung der Besoldungsvorlagen, bis die Finanzreform gesichert ist, und endlich, Regelung für die Zwischenzeit durch Gewährung von Teuerungszulagen in demselben Maße, wie im vorigen Jahre. — Die jetzt schon in Aussicht genommenen Finanzgesetze würden nicht genügen, neben der Deckung der Mehrkosten der Beamtenbesoldung auch die Bundesstaaten bezüglich der ungedeckten Matrifularbeiträge von der Sorge um die Zukunft zu befreien. Daß die jetzt beim Bundesrat schwebenden Vorlagen vertagt werden müssen, bis die Finanzreform hier eingebracht werden könne, liege im Interesse aller Parteien. (Sehr richtig!) Die Finanzreform sei eine absolut dringende Aufgabe der nächsten Zeit, sowohl unserem Ansehen im Auslande gegenüber, wie auch der Stellung des Reiches den Bundesstaaten gegenüber. Wenn das Ausland meine, daß Deutschland nicht mehr in der Lage sei, seine Stimme, die es immer zur Erhaltung des Friedens geltend gemacht habe, mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, so ergeben sich daraus die Konsequenzen. Er glaube, die Abgeordneten stimmten ihm darin zu, daß in den letzten 10 Jahren Deutschland einen wirtschaftlichen Aufschwung genommen habe, wie man sie im gleichen nur noch in Nordamerika erlebt habe. Man könne dies aus der Steigerung der Löhne und aus der preußischen Einkommensteuerstatistik sehen. Wenn man sehe, daß die Steuern, die auf den Kopf der Bevölkerung kommen, geringer seien als beispielsweise in England, Frankreich und Oesterreich, so müsse man die Frage: kann das deutsche Volk eine wirtschaftlich härtere Heranziehung zu den Ausgaben des Reiches ertragen?, bejahend beantworten. Wenn keine Fürsorge getroffen werde, um die ungedeckten Matrifularbeiträge in den nächsten Jahren aus den eigenen Einnahmen des Reiches zu decken, dann haben die Bundesstaaten 1909 zunächst 27 Millionen Mark und dann für die Teuerungsvorlagen des vorigen Jahres noch 23 Millionen Mark aufzubringen. Welche Bundesstaaten seien in der Lage, ohne wesentliche Störung ihrer Finanzen dies zu zahlen? Vielleicht einige der größten. Wenn sich aber die kleinen und kleinsten Staaten wirtschaftlich nicht selbstständig stellen können, dann werden sie sich auf die Dauer auch die politische Selbstständigkeit nicht erhalten können. Er halte den Gesichtspunkt fest, daß man für die Ordnung der Reichsfinanzen den Bundesstaaten die Steuern nicht wegnehmen dürfe, die sie selbst zur Ausführung ihrer Kulturaufgaben brauchen. Es werde seine Aufgabe sein, dafür zu sorgen, das schwebende Defizit zu beseitigen. Aber auch der Reichstag werde sich mit der Zeit Schranken auferlegen müssen und nicht zu Aufgaben drängen, für die eine Deckung nicht vorhanden sei. Was die Frage der Beamtenbesoldungsverbesserung und des Wohnungsgeldzuschusses betreffe, so werde mit allem Nachdruck an der Erfüllung dieser Aufgabe gearbeitet. Daß die Sache noch nicht abgeschlossen sei, liege an den Schwierigkeiten der Verhältnisse. Die Vorlagen seien so weit, daß sie binnen kurzem an den Bundesrat gelangen würden. Im Interesse einer sachlichen Förderung der Beamtenvorlagen könne er es nur für richtig halten, wenn sie gleichzeitig mit der Finanzreform erledigt werden. Es müsse ein Ausgleich gefunden werden zwischen den Interessen der Beamten und den Interessen der Steuerzahler. Deshalb werde man es als zweckmäßig anerkennen müssen, daß die Besoldungsvorlagen und die Fi-

(Mit einer Beilage und einer Landtagsbeilage.)

nanzvorlage in unmittelbarem Zusammenhange behandelt werden müssen. (Zustimmung rechts.) Redner richtet schließlich an das Haus die Bitte, den Regierungen zu helfen, daß keine unnötige Beunruhigung in den Beamtenkreisen entstehe, und sprach die Zuversicht und die Ueberzeugung aus, daß die Aufgabe gelöst werden müsse und gelöst werden könne. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Singer trat das Haus in eine Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Singer (Soz.) führt aus: Die Erhöhung der Beamtengehälter sei eine absolute Notwendigkeit und müsse geschehen, gleichviel, wie die Finanzreform ausfalle. Die Steuerreform würde nicht eher zustande kommen, als bis die Regierungen von dem unheilvollen Grundsatz abgehen, daß das Reich nur auf indirekte Steuern angewiesen sei. Der neue Staatssekretär scheine sein Amt damit inauguriert zu wollen, daß er über seine eigenen Meinungen und Ansichten gar nichts sage. Er hätte eigentlich wenigstens einige Andeutungen machen können, um sich zu vergewissern, ob er für einzelne Vorfagen auch auf eine Mehrheit im Hause rechnen könne. Nach seinen Ausführungen lasse sich voraussetzen, daß er die Bahnen seines Vorgängers wandeln werde, und daß wieder der ganze Bedarf durch indirekte Steuern aufgebracht werden solle. Das Wohlwollen der Bevölkerung für die Erhöhung der Beamtengehälter werde sehr schnell abgeführt werden durch diese Perspektive. Er bitte den Staatssekretär, bei den Regierungen dahin zu wirken, daß die Finanzreform auf die tragfähigen Schultern gelegt werde. Seine Partei verlange, daß die Befolgung der Beamten den erhöhten Preisen und dem erhöhten notwendigen Aufwand wirklich entspreche. Den Beamten könne man es nicht verdenken, wenn sie mit einer Teuerungszulage nicht zufrieden seien.

Abg. Gamp (Reichsp.) konstatiert, daß der Staatssekretär sich mit einer sehr guten Rede eingeführt habe. Es liege nicht im Interesse der Verbündeten Regierungen und des Reichstages, sich jedes Jahr mit neuen Steuervorlagen zu befassen. Bei der nächsten Steuerreform werde es sich nicht darum handeln, ob direkte oder indirekte Steuern, sondern um direkte und indirekte Steuern. Einzelne Bundesstaaten könnten sehr wohl etwas mehr für das Reich tun. Können immer und immer wieder Steuerentwürfen, so würde das Land dadurch beunruhigt. Hätte ein Privatmann finanziell so gewirtschaftet, wie das Reich, so würde er unter Kuratel gestellt werden. Jetzt müsse ganze Arbeit gemacht werden. Mit der jetzigen Regelung könnten die Beamten wohl zufrieden sein.

Abg. Grät (Wirtsch. Vgg.) stimmt dem Abg. Singer zu, welcher behauptete, es wäre die Pflicht des Reichstanzlers gewesen, zu erklären, warum diese Vorlagen verzögert worden seien. Die Erklärung des Staatssekretärs müßte im höchsten Grade enttäuschen. Bei den nächsten Wahlen würde der Regierung von den Beamten die Quittung überreicht werden. Das erfreulichste an der Erklärung sei gewesen, daß der Staatssekretär eine Teuerungszulage bewilligte und dem bevorstehenden Gehehe rückwirkende Kraft geben wolle.

Staatssekretär Sydow widerspricht dem Vorredner, daß der Reichstanzler dieser Sache nicht persönliches Interesse entgegenbringe, weil er heute nicht erschienen sei. Gerade hierbei habe der Reichstanzler großes Interesse betrieben. Was den Zeitpunkt der Einbringung zum Herbst betreffe, so könne das Haus sich darauf verlassen, daß sowohl vom Reichstagsamt, als von den Regierungen alles zur Beschleunigung geschehen werde.

Abg. Zimmermann (Reformp.) erklärt, es werde ein schlechter Eindruck durch diese Hinausschiebung verursacht. Tatsächlich hätten die Beamten mit außerordentlich schwierigen Verhältnissen zu kämpfen, um sich und ihre Familien über Wasser zu halten.

Abg. Wiemer (fr. Vp.): Es handle sich hier um eine dringende Notwendigkeit, für welche schnelle Abhilfe geboten sei. Seine Partei halte nach wie vor eine Vermehrung der direkten Reichsteuern für notwendig, ohne die Einzelstaaten zu schädigen. Aus der Reform der Branntweinsteuer allein könnten schon die Mittel für die Beamtenaufbesserung herausgeholt werden. Trotz aller beruhigenden Worte werde durch die Verschlebung in die Beamtenkreise eine schwere Erbitterung getragen.

Staatssekretär Sydow erwidert dem Abg. Singer, daß die Einlösung des Versprechens bezüglich der Besoldungsreform seinerzeit von der Gewährung der Deckungsmittel abhängig gemacht worden sei. Die Sache liege ganz klar: kommt die Besoldungsvorlage zustande, so soll sie rückwirkend sein; das Zustandekommen der Vorlage hänge aber von dem Zustandekommen der Finanzreform ab.

Abg. Spahn (Zentr.) wendet sich gegen die Ausführungen der verschiedenen Vorredner und erklärt, mit Sicherheit könne man die Beamtenbesoldungsvorlage überhaupt nicht erwarten, da sie an das Schicksal der Finanzreform geknüpft sei.

Nach einer Entgegnung Sydows brachte Abg. Dreißer (konf.) die Uebereinstimmung seiner Partei mit den Ausführungen des Staatssekretärs zum Ausdruck, warnte aber davor, jetzt schon auf Einzelheiten einzugehen, da das der Förderung der Sache hinderlich sei.

Abg. Wed-Heidelberg (natl.) sprach sich gegen die Verkuppelung der Finanzreform mit der Gehaltsvorlage aus. Die Nationalliberalen würden einer Deckung durch Matrifularbeiträge zustimmen.

Darauf wurde ein Schlußantrag angenommen. Nächste Sitzung morgen nachmittags 1 Uhr. Fortsetzung der Beratung des Reichsamt des Innern. Schluß nach 7 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 11. März.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Die Beratung des Etats des Reichsamt des Innern wird fortgesetzt.

Abg. Naumann (fr. Vp.) spricht über den Entwurf des Arbeitskammergesetzes und meint, eine Körperschaft, die nur mit dem Charakter einer gutachtlichen Instanz versehen werde, habe keinen praktischen Zweck. Es scheine, daß diese als obligatorisches Einigungsamt fungieren soll, aber zu diesem Zwecke seien ja schon die Gewerbegerichte da. Sollen Arbeitskammern wirklich vorhanden sein, dann reiche es nicht aus, sie als Begutachtungsbehörden hinzustellen. Redner geht dann auf die einzelnen Bestimmungen des Entwurfs ein. Die Zeit der Gewerbetarifsätze sei noch nicht gekommen. Einstweilen brauche man eine elastische Verwaltungsstelle, bei der man Auskünfte bekomme, die beiderseits von vornherein als bindend angenommen werden können. Wolle man die Arbeitskammer als industrielle Verwaltungsbehörde nehmen, dann könne sie nur beruflich, nicht örtlich gegliedert werden. Damit sei dann auch die Anlehnung an die Berufsvereinigungen nötig und empfehlenswert. Die Arbeitskammer müsse paritätisch aufgebaut sein. Unannehmbar seien

die Bestimmungen des Entwurfs über das Wahlrecht. Nötig sei die direkte Wahl. Man könne mit dem Proporz einen Versuch machen. Die organisierten Vertreter der Arbeiterschaft müßten in der Arbeitskammer verhandeln sein. Die Kosten auf das Reich zu übernehmen würde nicht zweckmäßig sein. Am Besten wäre die Angliederung an die Alters- und Invalidenkasse.

Abg. Gräfe (Npt.) beklagt, daß bei dem Wettrennen um Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter der Mittelstand ganz vergessen zu sein scheine. Die Warenhausumsatzsteuer sei unbedingt nötig.

Abg. Sio (Ztr.) bespricht die Resolution seiner Partei.

\* Berlin, 11. März. Der Seniorenkongress des Reichstages einigte sich dahin, um eine rechtzeitige Feststellung des Etats zu ermöglichen, die Verhandlungen über die noch zu beratenden Spezialprojekte zu fontigieren. Für das Reichsamt des Innern sind noch vier Tage bis zum 15. März in Aussicht genommen. Die Interpellation über die Schiffsfahrtsabgaben soll hierbei ausscheiden und eventuell nach dem Etat zur Besprechung gelangen. Der weitere Plan ist folgender: Ergänzungsetat: 1. Leistung Kolonialamt, Schutzgebiete, fünf Tage bis zum 20. März; 2. Reichstag, Reichsmilitärgericht, Pensionsfonds, Invalidenfonds, Expedition nach Ostafrika ein Tag bis zum 21. März; 3. Reichsamt: Zoll- und Bankwesen zwei Tage bis zum 24. März; Reichstanzler, Auswärtiges Amt und Finanzierungen drei Tage bis zum 28. März, eventuell sollen Abenditzungen stattfinden.

\* Berlin, 11. März. In der Budgetkommission des Reichstages führte bei der Weiterberatung des Etats für Südwestafrika Staatssekretär Dernburg aus, er sei durchaus nicht der Meinung, daß in Südwestafrika ein Zusammenbruch erfolgen müsse. Es sei Aufgabe der Regierung, über die schwere Zeit hinwegzuhelfen. Es bestehe die Aussicht, daß Südwestafrika sich zu einem Exportlande entwickeln werde, wie die Kapkolonie. Was die Dombrosfrage betreffe, so beabsichtige die Regierung nicht, einen Nachzug für den vor mehreren Jahren erfolgten Ueberfall einer deutschen Station zu unternehmen.

### Aus dem englischen Parlament.

(Telegramme.)

Der Zweimächte-Standard.

\* London, 10. März. Unterhaus. Bei Fortsetzung der Beratung über das Marinebudget fragte Balfour, ob nicht in den letzten Monaten des Jahres 1911 20000 Tonnung Schiffe der Dreadnought- und der Invincible-Klasse haben würde und England nur 12. Er nehme an, daß es ein ernstes, daß an den vorgesehene Daten, zu denen in Deutschland und England mit dem Bau der Schiffe begonnen werden würde, festgehalten wird, zweitens, daß das deutsche Flottenbauprogramm wie bisher innegehalten werden würde, drittens, daß Deutschland und England jetzt in der Schnelligkeit ihrer Schiffsbauten, wie vom deutschen Marineminister versichert worden sei, praktisch sich gleich kämen.

Schatzkanzler Asquith antwortete, bezüglich zweier Punkte bestehe keine Meinungsverschiedenheit auf beiden Seiten des Hauses, nämlich, daß England seine unangreifbare Vorherrschaft auf der See erhalten müsse, und daß für diesen Zweck der Zweimächte-Standard ein guter und praktisch ausführbarer Standard sei. Die Frage Balfours hätte sich nur auf Fahrzeuge der Dreadnought- und der Invincible-Klasse bezogen und die Frage des Zweimächte-Standards, bei deren Behandlung die Fahrzeuge anderer Klassen mit in Rechnung gezogen werden müssen, nicht berührt. Die Annahme Balfours, Deutschland würde im November 1911 im Besitz von 13 Schiffen der Dreadnought-Klasse sein, stütze sich auf zwei Voraussetzungen, nämlich erstens, daß das deutsche Programm in buchstäblich ausgeführt werden, und zweitens, daß die Schnelligkeit im deutschen Schiffsbau den Bau eines Schiffes innerhalb von 30 Monaten vom Datum der Kiellegung an gestatten würde. Er wolle nicht unterfragen, ob diese Voraussetzungen zuträfen oder nicht, glaube aber bezüglich des zweiten Punktes, daß schwerwiegende Zweifel berechtigt seien, ob die gegenwärtige Schnelligkeit im Bau aufrecht erhalten bleiben könne. Im Januar 1911, wenn die Schiffe des diesjährigen Programms vollendet würden, würde England 12 Fahrzeuge der erwähnten Klasse haben, das heißt, eines weniger als Deutschland Ende 1911. Hierbei wird jedoch angenommen, daß in bezug auf die Neubauten im nächsten Jahre nichts geschähe oder daß, falls man Neubauten beschloße, deren Inangriffnahme nicht so zeitig erfolgte, daß sie bis Ende 1911 fertiggestellt sein könnten. Asquith fuhr fort, er könne wohl, ohne sich über das Programm der nächsten Jahre auszulassen, sagen, daß, falls sich die Wahrscheinlichkeit ergeben sollte, das deutsche Flottenbauprogramm werde sich so, wie auf dem Papier vorgesehene, erfüllen, die Regierung es dann für ihre Pflicht halten würde, für eine so ausreichende Zahl von Schiffen und deren rechtzeitige Kiellegung zu sorgen, daß eine Ueberlegenheit Deutschlands nicht zur Tatsache würde. Dies sei die Politik der Regierung, die bestehen bleibe, und das Haus möge verständig sein, daß die Regierung nicht beabsichtigt, in dieser Beziehung ins Hintertreffen zu geraten.

### Belgien und der Kongostaat.

(Telegramme.)

\* Brüssel, 10. März. In der heutigen Sitzung der Kolonialkommission erklärte Schollaert in Beantwortung einer Anfrage, daß Belgien die Kontrakte, die es zu übernehmen habe, ganz oder zum Teil rückgängig machen könne, und zwar unter dem Vorbehalt des gemeinen Rechts, namentlich, was die Entschädigungsfrage anbetreffe. Was die dem König zu wählende Jahressumme angehe, so würde über sie in der Kammer in jedem Jahre abgestimmt werden und wenn die Verwendung einer derselben durch die der Kammer gemachten Mitteilungen nicht gerechtfertigt erschiene, so könnte die folgende von der Kammer dafür verweigert werden. Aus der Reihe der Kommission wurden im Laufe der Sitzung noch mehrere Fragen gestellt. Die Kommission beschloß, am Donnerstag mit der Generaldiskussion des Angliederungsbertrages zu beginnen.

### Marokko.

(Telegramme.)

\* Paris, 10. März. Von Admiral Philibert ist die telegraphische Meldung eingetroffen, daß General d'Amade sich bei der Kasbah von Bentham Kerim befindet. Die Stämme Mazab und Dakra, die be-

trächtliche Verluste erlitten, kämen in großer Anzahl zu dem General, um ihre Unterwerfung anzubieten.

\* Paris, 11. März. Dem „Petit Parisien“ wird aus Tanger gemeldet, daß die Lage Mulah Hafids eine sehr ungünstige geworden sei. Seine beiden Minister, Mtuqi und Blai, hätten bereits auf indirektem Wege Verhandlungen mit Abdul Afis angeknüpft, um dessen Verzeigung zu erlangen und sich ihm zu unterwerfen. Falls dies geschehe, würde die Wiederherstellung der Ordnung in Marokko außerordentlich erleichtert werden.

\* Madrid, 11. März. Einer Note des Ministers des Auswärtigen zufolge bemühen sich die Militärbehörden von Melilla und Chafarinas, die Errichtung einer Niederlage von Lebensmitteln für die Eingeborenen in Kasba del Agu zu erreichen. Der Plan begegnet jedoch dem Widerstand gewisser Kabylen. Eine Note des Gouverneur-Stellvertreters von Melilla gibt bekannt, daß Spanien etwaigen Repressalien gegenüber, denen diejenigen ausgesetzt sein könnten, die die Mahalla des Sultans bei ihren zukünftigen Operationen in der Umgebung von Melilla unterstützen würden, nicht gleichgültig bleiben könne.

### Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 11. März.

Seine königliche Hoheit der Großherzog wohnte gestern vormittag der Besichtigung der Rekruten der 1. Abteilung des 3. badischen Feldartillerie-Regiments Nr. 50 an.

Heute vormittag nahm Seine königliche Hoheit den Vortrag des Legationsrats Dr. Seyb entgegen und erteilte von 10 Uhr an den nachgenannten Personen Audienz: dem Bezirksarzt Dr. Kattig in Breisach, dem Postmeister Schoenle in Stodach, dem Finanzamtman Ehrler in Freiburg, dem Betriebsinspektor Kleinhub in Lauda; ferner dem Professor Dr. Oden an der Universität Heidelberg, einer Abordnung der Stadtjünglinge in Weisknecht, bestehend aus dem Vorstand Pfarrer Braun und dem Inspektor Mayer dafelbst, sowie dem Geheimen Hofrat Professor Dr. Schinzinger an der Universität Freiburg und dem Direktor des Landesgefängnisses Freiburg Oberregierungsrat und Major a. D. Kopp.

Hierauf meldeten sich folgende Offiziere: Oberstleutnant von Unger, Chef des Generalstabs des XI. Armeekorps, bisher Kommandeur des 3. badischen Dragonerregiments Prinz Karl Nr. 22, Oberleutnant Gudemann von der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika und Leutnant von Renz vom 1. badischen Leib-Grenadierregiment Nr. 109 zur Ueberreichung der Orden seines verstorbenen Vaters des Obersten a. D. von Renz.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimrats Dr. Nicolai und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

\*\* Die Eisenbahnaspiranten August Kraus von Zwingenberg, Karl Christian von Mannheim und Otto Krepper von Karlsruhe sind auf Grund der ordnungsmäßig bestandenen Staatsprüfung für den höheren Eisenbahnverwaltungsdienst unter die Zahl der Eisenbahnpraktikanten aufgenommen worden.

\*\* Auf der Strecke Arding-Elzthal der R. A. Oesterreichischen Staatsbahnen ist der Gesamtverkehr wieder aufgenommen.

\* (Auf 60 Jahre im Dienste der Wohltätigkeit) kam am 1. Mai der im schweren Jahre 1848 von Frau Major Schöffel, der Mutter des Dichters, gegründete Elisabethener ein zurückbliden. Aus diesem Anlaß soll als würdige Feiern den Zielen des Vereins entsprechend, am 29. April in den Räumen der „Eintracht“ ein Wohltätigkeitsabend mit reichem und abwechslungsreichem Programm stattfinden, für den Ihre königliche Hoheit die Großherzogin das Protektorat übernommen hat, während Angehörige aller Kreise unserer Residenz, unter ihnen auch die Künstlerchaft, ihre Mitwirkung zugesagt haben.

\* (Wohltätigkeitskonzerte.) Vom Generalsekretär des Badischen Frauenvereins wird uns geschrieben: „Der Professor Zajic, einer der bedeutendsten Violinisten der Gegenwart, wird mit Herrn Mayer-Mahr, Klaviervirtuos von Berlin, in der Zeit vom 2. bis 11. April d. J. eine Konzertreise durch das Land unternehmen und in den größeren Städten zugunsten der betreffenden Zweigvereine des Badischen Frauenvereins Konzerte geben. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin Luise hat die Gnade gehabt, das Protektorat über diese Veranstaltung zu übernehmen. Bei dem außerordentlichen Auf, der den beiden Künstlern vorausgeht, verpricht das Unternehmen einen außerordentlichen Erfolg. Wir zweifeln nicht, daß die Konzerte allgemein dankbar Aufnahme im Publikum finden werden. Den Künstlern, die in uneigennützig Weise ihre Kunst in den Dienst der Wohltätigkeit stellen wollen, entbieten wir hier im badischen Land herzlichen Willkomm, zumal sie in vielen Orten durch ihre hervorragenden Leistungen in gutem Andenken stehen.“

\* (Das Oratorium „Die Befreiung Jerusalems“) von Klughardt kommt, wie bereits mitgeteilt, am Sonntag den 15. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, hier in der Festhalle zur Aufführung. Der Gehante, das erschlatternde Schlußdrama des Palästina-Judeniums zum Oratorium von Ferdinand Hiller, später von Martin Blumner erfolgreich ausgeführt. Die Kluge aber, wie Klughardt sich den Stoff zu eigen macht, ist neu und völlig sein geistiges Eigentum. Hatte Klughardt schon bei der „Leipzig, N. N.“ sich nicht längst durch seine vorzüglichen Symphonien und Kammermusikwerke den Meistertrag erworben, so mußte man ihm denselben auf Grund seines Oratoriums bedingungslos zusprechen. Das Werk wird hier mit zwei bedingungslos gelobten Chören und hervorragenden Solisten zur Aufführung gelangen. Der Reinertrag ist für den „Witwen- und Waisenverein“ bestimmt. (Näheres im Inseratenteil.)

\* (Theodor Gerlach's „Gesprochene Lieder“) haben in Dresden (an zwei Abenden), in Breslau und in Chemnitz außerordentlichen Erfolg errungen. „Die viel umfrittene Frage nach



Karlsruhe Festhalle.  
Sonntag, 15. März 1908, nachmittags 1/2 5 Uhr:  
**Grosses Wohltätigkeitskonzert**

zugunsten der Stiftung „Witwentrost“  
Unter dem Protektorat Sr. Grossh. Hoheit des Prinzen und  
Markgrafen Maximilian von Baden  
veranstaltet vom  
**Baden-Badener Chor-Verein**  
und  
**Freiburger Oratorien-Verein.**

**Die Zerstörung Jerusalems**

Oratorium in zwei Abteilungen von  
**August Klughardt**  
(op. 75).

Mitwirkende Künstler:  
Musikalische Leitung: Musikdirektor **Carl Beines**, Baden-Baden.  
Solisten: **Tilly Cahnbley-Hinken**, hoher Sopran,  
**Anna Wallot**, Sopran,  
**Elisabeth Diergart**, Düsseldorf (Alt),  
**Anton Kohmann**, Frankfurt (Tenor),  
**Max Büttner**, Kammergesänger (Bass),  
Gemischter Chor: Der **Badener Chor-Verein**,  
Der **Freiburger Oratorien-Verein**,  
ca. 250 Sängerinnen und Sänger.  
Grosses Orchester: **Baden-Badener städt. Orchester.**

Eintrittskarten: Saal I 5 M., Saal II 4 M., Saal III 3 M., Part-  
Galerie I. Abt. 1. Reihe 5 M., 2. Reihe 4 M., 3. und 4. Reihe 3 M.,  
II. Abt. 3 M., Saal nicht reserviert 2 M., Balkon I. Reihe 4 M., 2. Reihe  
3 M., Galerie 2.50 M., Galerie nicht reserviert 1.50 M. Textbücher  
und Programme in der

**Musikalienhandlung Hans Schmidt, G. m. b. H.**  
für nicht numerierte Plätze auch in der Hofmusikalienhandlung **F. Doert**  
und an der **Abendkasse**.  
Eingang zum Saal und zur unteren Galerie durch die  
Garderobeabteilungen rechts und links vom Hauptportal; zur oberen  
Galerie durch die Garderobeabteilungen und auf den äusseren  
Galerieführungen rechts und links vom Hauptportal.  
**Konzertdirektion Hans Schmidt.**

**Alpirsbach bei Freudenstadt (Schwarzwald)**  
**Sanatorium für Nervenleiden u. innere**  
Krankheiten von Dr. med. **K. Würz.**  
Das ganze Jahr geöffnet. — Prosp. grat.

**Badische Bank.**

In der heute stattgehabten Generalversammlung wurde die  
Dividende für das Geschäftsjahr 1907 auf 8% =  
**M. 24. — pro Aktie**  
festgesetzt. Dieselbe gelangt gegen Einreichung des Dividenden-  
scheines Nr. 37  
in **Mannheim** an unseren Kassen,  
in **Karlsruhe** bei der Direktion der Disconto-  
in **Berlin** Gesellschaft  
von heute ab zur Auszahlung. P. 876  
Die Dividendscheine sind mit arithmetisch geordneten Nummern-  
verzeichnissen, wozu Formulare an den betr. Zahlstellen in Empfang  
genommen werden können, einzureichen.  
**Mannheim, den 9. März 1908.**  
**Der Vorstand.**

**Fahrad-  
Reparatur-Werkstätte**  
**B. Eberhardt**  
Amalienstr. 18. Telefon 1304  
empfiehlt sich zur Uebernahme sämtlicher  
Reparaturen an Fahrrädern aller  
Systeme. — Zur gründlichen Rei-  
nigung und Instandsetzung steht beste  
Gelegenheit. — Emaillierung, Ver-  
nickelung. — Neue Pneumatik- und  
Zubehörsätze aller Art. — Frei-  
lauf-Einrichtung für alle Fabrikate.  
Die Räder werden abgeholt und wieder  
zugeestellt. Alle Aufträge werden prompt  
erledigt. P. 222

**Grosse Badener  
Geld-Lotterie**  
zu Gunsten d. Hamilton-Palais  
Ziehung 25. April  
3288 Bargewinne ohne Abzug.  
**45 800 M.**  
1. Hauptgewinn  
**20 000 M.**  
3287 Gewinne  
**25 800 M.**  
Los 1 M. 11 Lose 10 Mk.  
Porlo u. Liste 30 Pfg.  
versendet das General-Debit  
**J. Stürmer**,  
Langstr. 107,  
In Karlsruhe: **Carl Götz**,  
Hebelstr. 11/15.

**Pension Baer,**  
4 Seminarstraße 4.  
Zimmer mit und ohne Pension.

**Patent-  
Anwalt.** Tel. 1303  
**C. Kleyer Karlsruhe**

„Altra“  
**Dampfmaschinen,**  
Modell 1908.  
Das Neueste und Beste auf dem  
Weltmarkt. P. 235

„Altra“ - **Wringmaschinen.**  
Grösste Spezialmaschinenfabrik der Welt.  
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.  
Proberversuche durch Sachverständige.  
Lieferung franco jed. deutsch. Bahnstation  
**Bergedorfer Eisenwerk,**  
Akt.-Ges.  
Zweigniederlassung Karlsruhe i. B.:  
Friedrichsplatz 9. Teleph. 487.

D. 978 **Aerztliches  
Kinderheim**  
**Alpirsbach (Schwarz-  
wald)**  
Das ganze Jahr geöffnet.  
Zehn Betten. Prospekt u. Aus-  
kunft durch Oberin Bauer.  
Leitender Arzt Dr. med. **K. Würz.**

**Löflund's  
Malz-  
Extract**  
Beste Diät bei  
Husten u. Catarrh.  
In Apotheken und Drogerien  
ebenso die berühmten  
**ächten Löflund's  
Malz-Extract-Husten-Bonbons.**

Nur die **Löflund's**  
**Milchzucker** chemisch rein, nach  
Prof Soxhlet's Ver-  
fahren, für Säuglinge  
**Nähr-Maltose (Neu!)** ein zu-  
verlässiges An-  
satzmittel für Kinder, die nicht  
gedeihen wollen. D 284  
**Malz-Suppen-Extract**  
zu Dr. Kellers Malzsuppe f. magen-  
darmkranke Kinder. 80% geheilt.  
**Malz-Lebertran** seit 25. Jahren  
eingeführt als Kinder-Lebertran.  
**Malz-Extract** mit Eisen mit  
Kaik, mit Chinin.  
**Neue Serien italienischer Bilder!**  
In allen unseren Niederlagen.  
**Ed. Löflund & Co., Grunbach**  
bei Stuttgart.

**Pianos**  
Flügel, Harmoniums  
liefert zu jeder  
gewünschten  
Zahlungsbedingung  
das  
**Spezialhaus für Klaviere**  
**Ferd. Köhler,**  
Mannheim A 2, 4

Städtisch subv.  
**INGENIEUR-SCHULE ZU MANNHEIM**  
Fachabteilungen f. Maschinenbau  
Elektrotechnik. Hüttenkunde  
Architektur. Hoch- u. Tiefbau  
Programm kostenlos

**Hammeran's  
Panzer-Kassen**  
Seit 40 Jahren  
bewährt  
gegen Einbruch und  
Feuersgefahr  
Liefer. d. Reichsbank,  
Staats- und Kommu-  
nalbehörden, Groß-  
banken etc. etc.  
**Val. Hammeran**  
Frankfurt a. M. - Sa.  
Vertreter gesucht.  
D. 633

**Heirat!**  
Fräulein, 40 Jahre alt, kath., 6000  
Mark Vermögen, tüchtig im Haushalt,  
wünscht mit kath. mittleren Beamten  
in Verbindung zu treten.  
Off. unter **P. 902** an die Exped.  
b. Blattes.

**50—70 000 M.**  
auf 1. Hypothek (Geschäfts- und Wohn-  
haus in bester Lage) an solventen  
Besitzer — gegenseitig 5—10 Jahre  
unkündbar — à 4 1/2% auszuleihen.  
Befl. Off. m. neuester Grundbuchhefts-  
Abschrift an Direktor Went, Postamt erb.

**Bürgerliche Rechtsstreite.**  
Aufgebot.  
P. 908. 21. Nr. 2597. Engen. Im  
Grundbuch von Mauenheim, Band 6,  
Fest 15 ist das Grundstück Lagerbuch  
Nummer 265 im Gewann Ob Rengen,  
Ackerland, 21 ar, 15 qm, efs. Nr. 264,  
adfs. Nr. 266, Steuerwert 180 M.,  
noch auf den Namen des am 21. Juli  
1864 in Adelhausen, Amt Schopfheim,  
verstorbenen Hauptlehrers **Domini**  
**Streicher** eingetragen.  
Als Bevollmächtigte und im Namen  
der Erben des am 24. April 1907 in  
Mauenheim verstorbenen Landwirts  
**Severin Kemmischer** hat die Ehefrau  
des Landwirts **Josef Federle** in  
Mauenheim, Juliane geb. Kemmischer,  
das Aufgebotsverfahren zum Zwecke  
der Ausschließung des Eigentümers  
mit seinem Rechte beantragt.  
Der Eigentümer an dem Grundstück  
beantragt, wird aufgefordert, sein  
Recht spätestens in dem vor dem Amts-  
gericht Engen auf:

Samstag den 18. Juli 1908,  
vormittags 11 Uhr,  
anberaumten  
Aufgebotstermine  
anzumelden, widrigenfalls seine Aus-  
schließung mit seinem Rechte erfolgen  
wird.  
Engen, den 8. März 1908  
Großf. Amtsgericht.  
gez. **Motz.**  
Dies veröffentlicht:  
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**  
**D. H. S.**

**Konkursverfahren.**  
P. 893. Nr. 1775 III. Karlsruhe.  
Im Konkursverfahren über das Ver-  
mögen der Firma **Maasdorff & Cie.,**  
Apfelmousserfabrik in Karlsru-  
he, ist Termin zur Anhörung der  
Gläubigerversammlung über Einstellung  
des Konkursverfahrens wegen un-  
genügender Konkursmasse gemäß § 204  
Konkursordnung auf:  
Freitag, den 3. April 1908,  
vormittags 1/2 10 Uhr,  
vor dem Großf. Amtsgericht Karlsru-  
he, Akademiestraße 2 B, III. Stock,  
Zimmer Nr. 50, bestimmt.  
Die Gebühren und Auslagen des Ver-  
walters wurden auf 125 M. festgesetzt.  
Karlsruhe, den 9. März 1908.  
Bruch,  
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**  
**S. S.**

**Konkursverfahren.**  
P. 900. Nr. 2297. Kenzingen.  
Ueber das Vermögen des **Josef**  
**Bächle**, Kaufmann in Kenzingen wurde  
heute am 9. März 1908, vormittags  
1/2 9 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Rechtsagent **Schumacher** in Ken-  
zingen wurde zum Konkursverwalter  
ernannt.  
Konkursforderungen sind bis zum  
7. April 1908 bei dem Gerichte anzu-  
melden.  
Es wird Termin anberaumt vor dem  
beidseitigen Gerichte zur Beschlußfassung  
über die Vertheilung des ernannten oder  
der Wahl eines anderen Verwalters,  
sowie über die Bestellung eines Gläubiger-  
ausschusses und eintretendenfalls über die  
in § 182 der Konkursordnung bezeich-  
neten Gegenstände auf  
Dienstag den 24. März 1908,  
vormittags 11 Uhr,  
und zur Prüfung der angemeldeten  
Forderungen auf  
Donnerstag den 23. April 1908,  
vormittags 11 Uhr.  
Allen Personen, welche eine zur  
Konkursmasse gehörige Sache in Besitz  
haben oder zur Konkursmasse etwas  
schuldig sind, wird aufgegeben, nichts  
an den Gemehnschuldner zu veräußern  
oder zu leisten, auch die Verpfändung  
aufzulegen, von dem Besitze der Sache  
und von den Forderungen, für welche  
sie aus der Sache abgeforderte Ver-  
theilung in Anspruch nehmen, dem  
Konkursverwalter bis zum 7. April  
1908 Anzeige zu machen.  
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts**  
zu Kenzingen:  
**Sofmann.**

**Konkursverfahren.**  
P. 901. Schwetzingen. Im Kon-  
kursverfahren über das Vermögen des  
Schuhfabrikanten **Alfred Klausner**  
in Schwetzingen ist Termin zur Prü-  
fung der nachträglich angemeldeten  
Forderungen auf  
Mittwoch den 1. April 1908,  
vormittags 8 1/2 Uhr,  
vor das Großf. Amtsgericht in Schwet-  
zingen bestimmt.  
Schwetzingen, den 9. März 1908.  
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts:**  
**Büchner, Sekretär.**

**Konkursverfahren.**  
P. 896. Waldkirch. Im Konkurs-  
verfahren über das Vermögen des Fahrrad-  
händlers **Wilhelm Biedermann**  
hier soll die Schulverteilung erfolgen,  
wozu 273,13 M. verfügbar sind.  
Nach dem in der Gerichtsschreiberei  
des Großf. Amtsgerichts Waldkirch  
aufgelegten Schulverzeichnis sind  
dabei 14,40 M. bevorrechtigte und  
7721,96 M. nicht bevorrechtigte For-  
derungen zu berücksichtigen.  
Waldkirch, den 9. März 1908.  
Der Konkursverwalter  
**Joseph Rau.**

**Gründungs-, Maurer- und  
Steinhauerarbeiten.**  
Großf. Wasser- und Straßenbau-  
inspektion Karlsruhe verdingt namens  
der Gemeinde Staffort die zum Neubau  
der Pflanz- und Wehrgrabenbrücke in  
Staffort erforderlichen Gründungs-,  
Maurer- und Steinhauerarbeiten im  
Wege des schriftlichen Wettbewerbs.  
Preisangebote sind unter Benützung  
des auf dem Geschäftszimmer der In-  
spektion erhaltenden Vordrucks ver-  
schlossen, mit passender Aufschrift ver-  
sehen, bis längstens **Montag den**  
**23. März, vormittags 11 Uhr,**  
auf diesem einzureichen, wofür in-  
zwischen Pläne und Bedingungen ein-  
zusehen sind. P. 804 2 2

**Eisenlieferung.**  
Großf. Wasser- und Straßenbau-  
inspektion Karlsruhe verdingt namens  
der Gemeinde Staffort die Lieferung  
und Aufstellung nebst dreimaligem An-  
strich der zum Neubau der Pflanz- und  
Wehrgrabenbrücke in Staffort (4 km  
Wehrgrabenbrücke in Staffort (4 km  
von Station Untergrombach entfernt)  
erforderlichen Eisenkonstruktion im Ge-  
samtwert von 22 770 kg im Wege  
des schriftlichen Wettbewerbs. Preis-  
angebote sind unter Benützung des von  
der Inspektion erhaltenden Vordrucks  
verschlossen und mit passender Aufschrift  
versehen, bis längstens **Montag den**  
**23. März, vormittags 11 Uhr,**  
auf dem Geschäftszimmer der Inspec-  
tion einzureichen, wofür die Pläne  
und Bedingungen zur Einsicht auf-  
liegen.  
Benutzt wird, daß Pläne nach aus-  
wärts nicht versendet werden. P. 803 2 2

**Aduna.**  
P. 772. 32 Nr. 7652. Heidelberg.  
1. Der am 19. Oktober 1885 zu Sutfeld  
geborene, zuletzt daselbst wohnhafte  
Bäder **Jacob Wegler**, 3. Bt. in  
Amerika,  
2. der am 2. Februar 1885 zu Dars-  
berg geborene, zuletzt in Wiesloch woh-  
nhaft **Karl Wagner**, 3. Bt. in  
Amerika,  
3. der 12. August 1885 zu Wiesloch  
geborene, zuletzt daselbst wohnhafte  
Schreiner **Georg Holfelder**, 3.  
Bt. in Amerika,  
4. der am 26. Juli 1885 zu Heil-  
bronn geborene, zuletzt in Rodbach 6.  
Heidelberg wohnhafte **Gustav Witt**,  
beim Fint, 3. Bt. unbekanntem Aufent-  
halts,  
5. der am 21. April 1883 zu Leipzig  
geborene, zuletzt zu Heidelberg woh-  
nhaft **Maschinenbauer Curt Hein-  
rich Franz Bredel**, 3. Bt. in  
Amerika,  
6. der am 27. Februar 1885 zu  
Heidelberg geborene, zuletzt daselbst  
wohnhaft **Kellner Franz Eugen**  
**Bäcker**, 3. Bt. in Amerika,  
7. der am 26. März 1887 zu Sand-  
schußheim geborene, zuletzt daselbst  
wohnhaft **Maurer Friedrich Wagner**,  
3. Bt. in Amerika,  
8. der am 31. März 1886 zu Vam-  
mental geborene, zuletzt daselbst woh-  
nhaft **Karl Adam Winnewitzer**,  
3. Bt. in Amerika,  
9. der am 5. November 1884 zu  
Steinbach geborene, zuletzt in Heidel-  
berg wohnhaft, 3. Bt. an unbekanntem  
Orten sich aufhaltende **Musiker Peter**  
**Wagner**, werden beauftragt, als  
Wehrpflichtige in der Absicht, sich dem  
Eintritte in den Dienst des stehenden  
Heeres oder der Flotte zu entziehen,  
ohne Erlaubnis des Bundesgebiet ver-  
lassen oder nach erreichtem militä-  
rischen Alter sich außerhalb des  
Bundesgebietes aufhalten zu haben,  
Vergehen gegen § 140, Abs. 1, Nr. 1  
Str.-G.-B.  
Dieselben werden auf  
Dienstag den 21. April 1908,  
vormittags 9 Uhr,  
vor die Strafkammer des Großherzog-  
lich-Landesgerichts Heidelberg zur Hauptver-  
handlung geladen.  
Bei unentschuldigtem Ausbleiben  
werden dieselben auf Grund der nach  
§ 472 der Strafprozeßordnung von der  
Großf. Strafkammer des Landesgerichts  
zu Heidelberg über die der Anlage zu-  
runde liegenden Tatsachen ausgefallenen  
Erklärungen verurteilt werden.  
Heidelberg, den 5. März 1908.  
Großf. Staatsanwaltschaft.  
**S. S.**  
**Sokol.**

**Holzversteigerung.**  
**Gr. Forstamt Baden** versteigert  
mit üblicher Vorzugsbewilligung am  
Dienstag den 17. März l. J.  
vormittags 10 Uhr,  
im **Schönenhause** in Baden:  
Aus den Domänenwald Abteilungen  
I 14 und II 4 (Pauermatte u. Breiter):  
Eichen: 6 V., 4 VI.; Eichen: 5 V.,  
1 VI. Klasse;  
Nadel-Stämme: 3 I., 18 II., 89 III.,  
87 IV., 43 V., 2 VI. Klasse;  
Nadel-Abschnitte: 20 I., 46 II., 41 III.  
Klasse;  
190 Ster buchene, 73 eichene, 30 gem.,  
157 Nadel-Scheiter;  
284 Ster buchene, 62 gem., 154 Nadel-  
Prügel, sowie  
316 Ster gemischte Reis-Prügel.  
Das Holz wird zuerst versteigert.  
Die Forstwärter **Westermann** in  
Badenweuern und **Eller** in Ober-  
steinburg zeigen das Holz auf P. 898

**Gründungs-, Maurer- und  
Steinhauerarbeiten.**  
Großf. Wasser- und Straßenbau-  
inspektion Karlsruhe verdingt namens  
der Gemeinde Staffort die zum Neubau  
der Pflanz- und Wehrgrabenbrücke in  
Staffort erforderlichen Gründungs-,  
Maurer- und Steinhauerarbeiten im  
Wege des schriftlichen Wettbewerbs.  
Preisangebote sind unter Benützung  
des auf dem Geschäftszimmer der In-  
spektion erhaltenden Vordrucks ver-  
schlossen, mit passender Aufschrift ver-  
sehen, bis längstens **Montag den**  
**23. März, vormittags 11 Uhr,**  
auf diesem einzureichen, wofür in-  
zwischen Pläne und Bedingungen ein-  
zusehen sind. P. 804 2 2

**Eisenlieferung.**  
Großf. Wasser- und Straßenbau-  
inspektion Karlsruhe verdingt namens  
der Gemeinde Staffort die Lieferung  
und Aufstellung nebst dreimaligem An-  
strich der zum Neubau der Pflanz- und  
Wehrgrabenbrücke in Staffort (4 km  
von Station Untergrombach entfernt)  
erforderlichen Eisenkonstruktion im Ge-  
samtwert von 22 770 kg im Wege  
des schriftlichen Wettbewerbs. Preis-  
angebote sind unter Benützung des von  
der Inspektion erhaltenden Vordrucks  
verschlossen und mit passender Aufschrift  
versehen, bis längstens **Montag den**  
**23. März, vormittags 11 Uhr,**  
auf dem Geschäftszimmer der Inspec-  
tion einzureichen, wofür die Pläne  
und Bedingungen zur Einsicht auf-  
liegen.  
Benutzt wird, daß Pläne nach aus-  
wärts nicht versendet werden. P. 803 2 2